Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2013 Nr. 04 · 9. Jahrgang

Statt RADFAHREN – „GO west" ist sicherer

Radfahrer leben gefährlich auf den Straßen in Potsdam-West/Von Tamas Blenessy

Vierunddreißig Millionen Deutsche fahren täglich mit dem Rad. Und unsere Landeshauptstadt nennt sich stolz „radfahrerfreundlich". Und sie will ständig mehr dazu tun. Dem gegenüber hält die Stadt in der Brandenburger Vorstadt mehrere Abenteuer für RadlerInnen bereit: Die Problemstrecke ist hier die Geschwister-Scholl-Straße. Stadtauswärts radelt man hier neben parkenden Autos entlang und darf sich stets auf unachtsam geöffnete Autotüren gefasst machen sowie die Straßenbahnschienen im Blick behalten. An der Haltestelle Bahnhof Charlottenhof ragt die Einstiegskante direkt in die Fahrbahn, sodass man gezwungen ist, entweder nach links direkt vor dem Kraftverkehr auszuweichen oder rechts die belebte Haltestelle zu befahren – sofern man nicht von parkenden Autos daran gehindert wird. Am Schafgraben entfällt diese Wahl: Wenn die tonnenschweren Gefährte der Verkehrsbetriebe von hinten anrollen, bremst man vor der Brücke über den Graben lieber ab, anstatt sich den Ungetümen in den Weg zu stellen. Irgendwie hat man bei der letzten Sanierung der Brücke den Radweg vergessen... So wie fast in der gesamten Straße. Ist hier wirklich Platz für einen Autoverkehr in beide Richtungen oder geht das nur auf Kosten von RadfahrerInnen und FußgängerInnen?



Laut nationalem Radverkehrsplan soll der Anteil von Radfahrern am Straßenverkehr von 10 auf 15 Prozent angehoben werden. Bleibt die Frage, inwieweit Radfahrer und Autofahrer zu besserem, rücksichtsvollerem Verhalten auf Straße und Radweg motiviert werden. Allein der neue Bußgeldkatalog ab dem 1. April 2013 reicht da wohl nicht. Und: Wann wird die Stadt solche Gefahrenzonen wie oben beschrieben beseitigen?

(Mehr aus Potsdam-West und den westlichen Ortsteilen siehe Seiten 6 – 8)

LINKE SPITZEN: Von Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61

Zehn Jahre „Agenda 2010" – zehn Jahre Turbo-Umverteilung

Vor 10 Jahren kündigte ein sozialdemokratischer Bundeskanzler, Gerhard Schröder, das größte staatliche Enteignungsprogramm der jüngeren Vergangenheit an. Enteignet wurden jedoch nicht die Finanzspekulanten, Bankkonzerne und Waffenschmieden. Nein, mit der „Agenda 2010" wurden große Teile des Vermögens der Mehrheit der Bevölkerung an eine Minderheit umverteilt.

Ziel war es vorgeblich, Deutschland „wettbewerbsfähig" zu machen. Gemeint war damit die Zerstörung des Sozialstaates, die Schwächung der Gewerkschaften und die Entrechtung der Beschäftigten und Erwerbslosen. Die Leiharbeit wurde zum Masseninstrument der Lohndrückerei ausgebaut, jede Arbeit als zumutbar erklärt und ein Verarmungssystem namens Hartz IV geschaffen. Im Gegenzug wurden Unternehmen steuerlich entlastet.

All diese Maßnahmen führten binnen kürzester Zeit zum rasanten Anwachsen der Vermögen derer, die andere für sich arbeiten lassen. Einkommen und Vermögen jener, die täglich ihre Arbeitskraft verkaufen mussten, nahmen entsprechend ab. Dieses Kapital wurde zwecks weiterer Vermehrung in hochriskante Spekulationsgeschäfte auf den deregulierten Finanzmärkten gesteckt. Die Ergebnisse sind bekannt.



Im Bundestag hatte diese Politik den Segen der neoliberalen Einheitsfront von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP. Auch die Potsdamer Bundestagsabgeordneten Andrea Wicklein (SPD) und Katherina Reiche (CDU) begrüßten den Raubzug gegen abhängig Beschäftigte und Erwerbslose. Elvira Strauß von der Initiative „Erkner gegen Hartz IV" berichtete damals in der Zeitung der PDS.Oder-Spree „Widerspruch" über ein Gespräch mit Andrea Wicklein: „Wir sind zwar nicht Bundestagsabgeordnete wie Frau Wicklein und Herr Vogelsänger, aber unsere Vorschläge zur Finanzierung wie Vermögenssteuer einführen und Beibehaltung des Spitzensteuersatzes wollen die beiden nicht hören."

Warum eigentlich nicht? Heute tritt Frau Wicklein für eine Vermögenssteuer offen ein. Ich werde sie bei Gelegenheit an ihre Position erinnern. DIE LINKE braucht sich dabei nicht zu verstecken: Als einzige im Bundestag vertretene Partei tritt sie seit Jahren konsequent für die Umkehr der ständigen Umverteilung von unten nach oben ein.

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT

3 Der Wahlkampf hat begonnen: Brandenburger LINKE soll tragende Säule für Bundespartei sein/Wahlversprechen – DIE LINKE auch nach der Wahl ehrlich

Schwerpunkt: Potsdam-West und Westliche Ortsteile

6-8 Norbert Müller überzeugte beim Ortsverband Westliche Ortsteile/Nachlese: Veranstaltung mit Minister Schöneburg/Baumaßnahmen in P-West/Parkeintritt/Zukunft für „Scholle 51"/Charlott-Kino – wie weiter?

ORIGINAL SOZIAL

10 LINKE PolitikerInnen auf Frauentags-Tour/Hartz IV/ Millionärsstteuer



ANTIFA

11 Demonstration vor der Garnisonkirche zum „Tag von Potsdam"/Ostermarsch 2013

Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für unsere Mai-Ausgabe findet am Dienstag, 09. April 2013, ab 16.30 Uhr, in der Geschäftsstelle Dortustr. 53 (Atrium) statt. Inhaltliche Schwerpunkte sind für Mai die Waldstadt und der Schlaatz. Redaktionsschluss ist am Freitag, 19. April 2013. Die Ausgabe der Maizeitung erfolgt ab dem 29. April.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Auf den „Straßen des Friedens“

Zwei Jahre nach dem zweiten Weltkrieg (1947) hatten die Journalisten Zygmunt Weiss von der Warschauer „Trybuna Ludu“ und Karel Tocl von der „Rude Pravo“ aus Prag eine tolle Idee: „Wir veranstalten ein Radrennen zwischen unseren Hauptstädten.“ Die jährlich im Mai stattfindende „Internationale Friedensfahrt“ war geboren. Schon ein Jahr später schmückte zudem die Taube von Pablo Picasso die Wertungstrikots. Bereits 1950 waren Rennfahrer aus Dänemark, England, Frankreich und erstmals auch aus der DDR auf den Straßen des Friedens dabei. 1955 konnte Gustav Adolf Schur den ersten Sieg für die DDR einfahren. „Täve“ holte sich vier Jahre später noch einmal den Gesamterfolg.

1951 ging die Fahrt dann auch erstmals über deutsche Straßen. Warschau – Berlin – Prag heißt es erstmals und blieb in unterschiedlicher Fahrtrichtung auch bis 1984 so - ein Sportereignis mit der größten Massen-Anziehungskraft in der DDR. Überfüllte Stadien bei den Zielankünften, dichte Spaliere in den Straßen und Jubel über Erfolge der DDR-Radsportler. Es gab sogar eine „Kleine Friedensfahrt“ für Schüler. In dieser Zeit entstand die Legende von der „Steilen Wand von Meerane“, einem Kopfsteinpflaster-Anstieg in der sächsischen Stadt, der völlig überraschend nach einer Kurve kam und vielen Akteuren die Luft nahm (FOTO). 1985 wurden sogar Etappen in Moskau und 1986 in Kiew ausgetragen – ein unglaublicher organisatorischer Aufwand. Die Rennen in Kiew wurden allerdings durch die Tschernobyl-Katastrophe wenige Tage zuvor überschattet. Nur acht National-Mannschaften waren am Start.



Bei diesem Traditionsrennen dominierten vor allem die Akteure aus den sozialistischen Ländern. So steht beispielweise der Geraer Olaf Ludwig mit 36 Tageserfolgen an der Spitze der Etappensieger-Liste. Aber die Fahrt hatte inzwischen einen solchen guten Ruf, dass man sie auch im Westen mitunter als „Tour de France des Ostens“ bezeichnete. Ein Etappengewinner aus Westeuropa konnte sicher sein, bei der Rückkehr sofort einen Profi-Vertrag angeboten zu bekommen. Insgesamt gab es acht Friedensfahrt-Sieger aus der DDR, davon nach „Täve“ Schur mit Olaf Ludwig ein weiterer Fahrer zweimal und Uwe Ampler sogar dreimal hintereinander, 1987, 1988 und 1990 kurz vor dem Ende der DDR. Sein Vater Klaus hatte bereits 1963 den „Course de la Paix“ gewonnen. Zudem feierten Erich Hagen, Uwe Peschel, Hans-Joachim Hartnick und Falk Boden Gesamt-Erfolge. Nach der Wende kamen die inzwischen Profis gewordenen Steffen Wesemann (5) sowie Jens Voigt und noch einmal Uwe Ampler hinzu.

Die Friedensfahrt kämpfte allerdings schon zu dieser Zeit schwer um ihr Überleben, denn nun mussten die Organisatoren Sponsoren finden. Und 2006 erlebte das Rennen mit einem Kurs von Linz in Österreich bis Hannover seine letzte Auflage. Ein Rennen mit solch einem „fragwürdigen Namen“ sollte es wohl nicht mehr geben.

Jürgen Strauß (gek.)

DIE LINKE fordert eine „Agenda Sozial“ statt der „Agenda (Unsozial) 2010“

Am 14. März 2013 jährte sich zum zehnten Mal die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit der die damalige rot-grüne Bundesregierung ihre „Agenda 2010“ einläutete und einen massiven Abbau sozialer Rechte vorantrieb. Hartz IV hat dazu geführt, dass Erwerbslose drangsaliert werden und Beschäftigte viel leichter zu erpressen sind. Das spüren wir auch in unserer Region. Auch bei uns verdienen immer mehr Menschen nur noch Niedriglöhne und müssen als Leiharbeiter oder in anderen unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die meisten Erwerbslosen erleben von den Jobcentern nur Druck und Schikanen statt der versprochenen Förderung. Diese von Rot-Grün begonnene und von der Großen Koalition und Schwarz-Gelb fortgesetzte Politik der sozialen Spaltung muss endlich beendet werden. Statt ‚Agenda 2010‘ brauchen wir endlich eine ‚Agenda Sozial‘. Wir brauchen wieder gute Arbeit und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde. Wir brauchen eine Stärkung der Lohneinkommen und eine sozial gerechte Steuerpolitik. Wir müssen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und eine Arbeitsförderung für Erwerbslose machen, die diesen Namen auch verdient. Das Verarmungsprogramm Hartz IV ist endlich durch eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen. Die Agenda 2010 hat viele Menschen in die Armut gestürzt und die Ausbeutung von Millionen Arbeitnehmern durch Lohndumping und Leiharbeit ermöglicht. Die Unternehmen liegen den Steuerzahlern über die Aufstockerei mit etwa 10 Milliarden Euro jährlich auf der Tasche. Allein im Land Brandenburg müssen 19.065 Brandenburger trotz voller Erwerbstätigkeit zum Jobcenter, um ALG II zu beantragen. Armut trotz Arbeit ist eine der Folgen der Agendapolitik. Frank-Walter Steinmeier kritisiert die Kanzlerin, dass sie keine Agenda 2010 vollbracht habe, und Alt-Kanzler Schröder fordert eine Agenda 2020. Das ist nur mit der Sehnsucht nach einer Großen Koalition zur Zerstörung des Sozialstaats nach der Bundestagswahl zu erklären. Für einen wirklichen Bruch mit der ‚Agenda Unsozial‘ steht nur DIE LINKE. SPD und Grüne seien nach wie vor nicht bereit, die nötigen Konsequenzen aus ihrer verheerenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu ziehen. Das sehe man an den Entwürfen der Wahlprogramme beider Parteien ebenso wie an Peer Steinbrücks und Sigmar Gabriels jüngstem Lob der Agenda 2010. Es bedürfe daher weiterhin eines starken Drucks von LINKS.

Ab jetzt ist Wahlkampf

Am 02. März versammelten sich die Wählervertreter/innen der Brandenburger LINKEN, um die Landesliste für die Bundestagswahl aufzustellen. Der Landesvorsitzende Stefan Ludwig beschwor, dass der Brandenburger Landesverband auch wieder eine tragende Säule der Bundestagspartei sein und 25 Prozent plus X erzielen soll. Der Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn machte noch einmal klar, dass es uns um unsere Inhalte, nicht um Koalitionen geht. Großen Applaus gab es für seine Feststellung, dass wir nicht aus irgendeiner Folkore heraus uns für den Osten einsetzen. Sondern weil wir den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse ernst nehmen. Und dass ein starker Osten auch gut für den Westen ist.

Die designierte Spitzenkandidatin Diana Golze hielt eine überzeugende Rede, in der sie sich auf ihr Steckenpferd, die Kinder- und Jugendpolitik, konzentrierte. Sie erinnerte daran, dass mit der Agenda 2010 die Halbierung der Arbeitslosigkeit versprochen wurde und wir davon weit entfernt seien. Für ihre kämpferische, aber auch einfühlsame Rede erhielt sie als Spitzenkandidatin 95%. Auf Platz zwei kandidierte Thomas Nord. Er wies darauf hin, dass seine Region Frankfurt/Oder die Landeshauptstadt der Armut sei. Aber auch, dass die Sparpolitik in Europa die soziale Verelendung vorantreibt und somit die Stabilität Europas gefährdet. Er erhielt ein deutlich besseres Ergebnis als bei der letzten Listenaufstellung.

Kirsten Tackmann stellte sich auf Platz drei zur Wahl.



Die Nominierten mit unserem Potsdamer Norbert Müller.

Unter ausgiebiger Überziehung der Redezeit, aber mit dem ihr eigenen Charme machte sie noch einmal klar, dass Agrarpolitik eine starke soziale Komponente hat und warb für Plan B und einen sozial-ökologischen Umbau. Dafür bekam auch sie überzeugende 95%. Auf Platz vier wurde es spannend. Es traten Matthias Mnich aus dem Brandenburger Süden, Harald Petzold aus Falkensee und unser Potsdamer Kandidat, Norbert Müller, an. Matthias Mnich verwies in seiner, etwas spannungslosen Rede auf die Ungerechtigkeiten des deutschen Steuersystems. Harald Petzold schlug einen weiten Bogen von der Bildungspolitik bis zu Energiewende und kam spätestens ab der Mitte seiner Rede richtig in Fahrt. Norbert Müller skizzierte Gesichter der Ungerechtigkeit, wie Altersarmut, den ungleichen Zugang zu Bildungschancen und das Fehlen allgemeinverbindlicher Lohnuntergrenzen. Damit schaffte er es auch, im ersten Wahlgang die meisten Delegierten zu überzeugen.

In der Stichwahl setzte sich dann jedoch Harald Petzold mit zwei Stimmen Vorsprung durch. So sehr es Harald auch zu gönnen ist, hier hat die Partei die Chance versäumt, den Generationswechsel praktisch umzusetzen. Immerhin kam Norbert dann in einer Stichwahl auf Listenplatz 6. Aber um es klar zu schreiben: Wir Potsdamerinnen und Potsdamer haben uns mehr erhofft. Jetzt heißt es aber auch für uns, im Wahlkampf richtig ranzuklotzen.

Der weitere Tag verlief ohne größere Überraschungen. Birgit Wöllert setzte sich auf Platz fünf souverän gegen die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber durch. Steffen Kühne vom Jugendverband unterhielt die Genossinnen und Genossen mit einer kämpferischen, aber auch launigen Rede. Spätestens als er forderte, dass Ringen wieder olympisch werden soll, war ihm die Zustimmung fast aller sicher.

Insgesamt war es eine sehr faire und kulturvolle Veranstaltung. Wir haben gesehen, dass DIE LINKE über viele Mitstreiter/innen verfügt, die der Kunst des Wortes mächtig sind. Das werden wir im Wahlkampf brauchen. Für uns Potsdamerinnen und Potsdamer gilt: Kopf hoch, nicht die Hände! Das Ziel bleibt ein Bundestagsabgeordneter aus Potsdam.

Moritz Kirchner, Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam

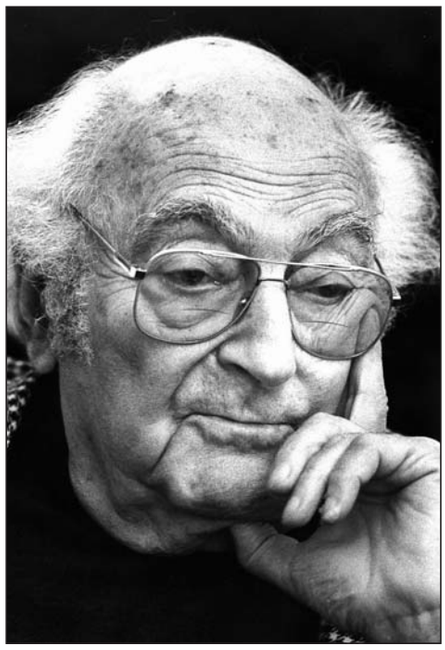
Opposition lohnt sich und bewegt, wenn sie auch nach der Wahl ehrlich ist

Forderung	Wer hat's „erfunden"?	Was wurde bewegt?
Praxisgebühr	SPD und GRÜNE	Schon 2006 beantragte **DIE LINKE** die Abschaffung. 2012 wurde sie endlich mit den Stimmen aller Parteien im Bundestag abgeschafft.
Studiengebühr	SPD,GRÜNE, CDU/CSU	**DIE LINKE** setzte sich immer für die Abschaffung ein. Auf Druck der Studierenden und der LINKEN gibt es sie nur noch in zwei Bundesländern. Jüngst hatte ein Volksbegehren in Bayern Erfolg.
Hartz IV	SPD und GRÜNE	Sechs Anträge der **LINKEN** zur Abschaffung wurden in dieser Legislaturperiode von allen anderen Parteien abgelehnt. Zumindest im Wahlkampf finden SPD und GRÜNE mittlerweile das menschenunwürdige Hartz-IV-Konstrukt auch nicht mehr so gut.
Erhöhung Spitzensteuersatz	**DIE LINKE**	Gesenkt unter Rosa-Grün, fordern mittlerweile an der Seite der LINKEN SPD, GRÜNE und CDU-Politiker wieder die Erhöhung. Allerdings bleibt DIE LINKE die einzige Partei, die wieder den Satz von 53% will, der unter Helmut Kohl galt.
Mindestlohn	**DIE LINKE**	DIE LINKE brachte zwei Legislaturperioden lang Anträge zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns ein, die immer von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN abgelehnt wurden; mittlerweile spricht aber sogar Kanzlerin Merkel über dessen Einführung.
Begrenzung Dispozins	**DIE LINKE**	Letzte Abstimmung 2010: DIE LINKE dafür; GRÜNE enthielten sich, CDU/CSU, FDP und SPD dagegen; im Wahlkampf von der SPD wieder entdeckt.

Stefan Heym – einer, der nie schwieg

April 1913

Einer, der nie schwieg... Und er hätte schweigen können, 1931 als Gymnasiast, doch er veröffentlichte ein Gedicht gegen den Militarismus und wurde von der Schule relegiert. Er hätte sich einrichten können in den USA im Schutz vor den Nazis, doch er zog in den Krieg. Er hätte sich zurückhalten können 1945 als Journalist im befreiten Deutschland, doch Heym machte keinen Hehl aus seiner prosowjetischen Einstellung und wurde in die USA zurückbeordert. Er hätte sich dort eine Nische suchen können, aber ging, um unzensiert schreiben zu können, zurück nach Europa, in die DDR. Und auch da eckte er an, wie auch später in der BRD. Heym hat sich immer eingemischt, war immer politisch, hat nie geschwiegen, hat Schwierigkeiten gemacht und Schwierigkeiten bekommen und blieb sich stets treu. Im April 2013 wäre Stefan Heym 100 Jahre alt geworden.



Stefan Heym, am 10. April 1913 in Chemnitz geboren als Sohn einer jüdischen Mittelstandsfamilie; musste 1933 ins Exil; 1942 in den USA mit dem Debütroman „Hostages“ erster Bestseller; 1943 Eintritt in die US-Armee, erlebte die Invasion in der Normandie; 1945 Rückkehr nach Deutschland als US-Offizier; Zurückversetzung in die USA wegen seiner prosowjetischen Einstellung; 1953 Übersiedelung in die DDR; Pendler zwischen Ost und West; Unterstützer der friedlichen Revolution 1989; kandidierte 1994 als „Unabhängiger“ für die PDS, gewann das Direktmandat und eröffnete als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag; am 16. Dezember 2001 in Israel gestorben. Romane wie „The Crusaders“ (1948, dt.: „Kreuzfahrer von heute“), „Der König-David-Bericht“ (1972), „5 Tage im Juni“ (1974) oder „Ahasver“ (1981) machten ihn zu einem international anerkannten Autor.

Wir lernen und schaffen um aufzubauen

April 1948

Am 17./18. 04. 1948 findet in Potsdam der „1. Landeskongress der lernenden Jugend Brandenburgs“ unter der Losung „Wir lernen und schaffen um aufzubauen“ statt. Oberschulrat Kreuzinger von der Zentralverwaltung für Volksbildung der sowjetisch besetzten Zone hebt hervor: „Wir haben jetzt in der Ostzone die Machtpositionen von den Kreisen beseitigt, die die Demokratie gefährden. Die Grundlagen sind geschaffen, allen Kindern die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten zu geben. Der Bildungsstand eines Volkes wird nicht an den Spitzenleistungen gemessen, sondern an dem Niveau der Allgemeinheit. In der Ostzone ist es erreicht, dass bereits 25 % aller Studierenden aus Arbeiter- und Bauernkreisen stammen.“

Volksentscheid zur sozialistischen Verfassung

April 1968

Auch in Potsdam beteiligen sich am 6. April die Bürger am Volksentscheid zur sozialistischen Verfassung der DDR; interessant ist, dass in der „Märkischen Volksstimme“ keine Zahlen über die Beteiligung der Potsdamer Bürger veröffentlicht werden – es erscheinen lediglich die Zahlen des Bezirkes Potsdam; auch in der Berichterstattung über die Kreisparteiaktivtagung Potsdam der SED zur Auswertung des Volksentscheids am 10. 04. 1968 werden keine Zahlen genannt Am 26. 04. 1968 erklärt Hans Zagorski, Vorsitzender der Stadtplankommission, auf der 14. (ordentlichen) Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit dem Volksentscheid: „Die Erfüllung der Aufgaben bis 1970 ist ein aktiver Beitrag der Bürger Potsdams zur Gestaltung der Verfassungswirklichkeit, für die sich auch die Potsdamer am 6. April mit überwältigender Mehrheit entschieden haben.“ *(MV, 27. 04. 1968)*

„Paul und Paula“ im Kino

April 1973

Die Premiere des DEFA-Spielfilms „Die Legende von Paul und Paula“ läuft am 29. April 1973. Der Heiner-Carow-Streifen wird als ein Meilenstein in der DEFA-Geschichte gewertet. **Urich Plenzdorf, Autor:** „Es fing damit an, dass da Anfang der siebziger Jahre so eine Zeit war, die einzige Zeit, wo wir solch einen Film drehen konnten. Da gab es dieses berühmte Loch in der Kulturpolitik, als keiner so richtig wusste, was kommt denn nun, nachdem Ulbricht weg und Honecker noch nicht so richtig da war. Wir haben die Gunst der Stunde genutzt für diese Story, die sonst bei der DEFA nicht machbar gewesen wäre... Wir hatten Hoffnungen und Illusionen, immer noch Hoffnungen, immer noch Illusionen. Die stecken alle in diesem Film. Die „Paula“, **Angelica Domröse, Schauspielerin:** „Das Neue war, dass es nicht um eine Frau ging, die studierte oder Doktor war oder sich qualifizieren wollte, sondern um ein einfaches Mädchen, das alle Chancen des Staates ignorierte und einen sehr persönlichen Glücksanspruch hatte.“



„Wohnungsbau ist zentrale Frage der Sozialpolitik“

Die Wohnungspolitik in der Stadt war ein Thema in der Diskussion beim Rathausreport Live Anfang März im Stern*Zeichen. DIE LINKE verfolgt dieses Thema schon seit langem und hat mit der Forderung nach einem Konzept für erschwingliche Mieten auch die Bildung einer Arbeitsgruppe initiiert, die die Vorarbeiten für ein wohnungspolitisches Konzept bis 2022 leisten soll. „Potsdam 22“ nennt sich demzufolge dieses Gremium, das die Probleme und Einflussmöglichkeiten analysieren sollte und gerade seinen Abschlussbericht vorgestellt hat. Wohnungswirtschaftler Carsten Hagenau vom Arbeitskreis Stadtspuren und Dr. Fritz Reusswig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung waren der Einladung gefolgt und legten ihre Erkenntnisse dar. Wohnungsbau sei „die zentrale Frage der Sozialpolitik“ stellten sie fest – nicht nur für die Empfänger von Sozialleistungen, sondern auch der „Normalverdiener“.



Der städtische Haushalt 2013/14: Welche Schwerpunkte setzt DIE LINKE?

Die Fraktion stellt sich in einem kontinuierlichen Prozess den Herausforderungen, die der erste Doppelhaushalt für die Stadt mit sich bringt. In unsere Änderungsanträge zur Haushaltssatzung werden wir folgende Probleme aufnehmen:

Kultur

- Für die Betreibung des Nikolaisaals und der Musikfestspiele Potsdam GmbH werden wir zusätzlich 100 T € beantragen. Ein Grund dafür besteht darin, dass in den Haushaltsentwurf 1.000 T € weniger als beantragt aufgenommen wurden.
- Die Weiterführung des Projektes „freiLand“ nach der dreijährigen Modellphase werden wir mit zusätzlich 40 T € unterstützen.
- Für das Kunsthaus und die Bildende Kunst in Potsdam beantragen wir zusätzlich 20 T €.
- Wie bereits im vergangenen Jahr von uns beantragt, sollen 2013 und 2014 für das Projekt Uferbühne des HOT insgesamt 350 T € eingeplant werden.

Bildung

- Es war und bleibt eine politische Zielsetzung, für Schülerinnen und Schüler aus Familien mit SGB-Bezug, das sind z. B. 518, ein kostenloses Mittagessen zu ermöglichen.
- Zum Schuljahr 2013/14 wird Am Schlaatz eine neue Gesamtschule öffnen. Um die Ausstattung je einer Klasse pro Jahrgang mit Laptops von Anbeginn an zu gewährleisten, werden wir die dafür nötigen 28 T € einfordern.
- Damit die Coubertin-Schule ihr Ziel, die Schülerinnen und Schüler selbst mit Essen zu versorgen, verwirklichen kann, werden die fehlenden Gelder für die Ausstattung der Schulküche beantragt.
- Um den Status quo bei den Schulhausmeistern zu erhalten, werden wir entgegen der Planungen des KIS fordern, dass es bei keinem Personalabbau gibt und dass dafür die entsprechenden Gelder im Haushalt festgeschrieben werden.

Stadtentwicklung

Bereits in den Haushalt 2012 sollten Planungsmittel für den Uferweg Speicherstadt i. H. v. 50 T € vorgehalten werden, so unsere Forderung. Da das nicht passiert ist, werden wir diesen Antrag für 2013 noch mal stellen.

Wohnen

Zur Unterstützung von bezahlbarem Wohnen und zur Stärkung der Belegungsbindung sollen 500 T € aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt werden.

Sparen

DIE LINKE fordert aber nicht nur mehr Geld für die genannten Vorhaben, sie hat auch einen Vorschlag, wie Geld nicht ausgegeben werden muss. So soll im Bereich des Oberbürgermeisters eine Stelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gestrichen werden. Das spart dann für 2013/14 insgesamt ca. 158 T €. Unsere Erfahrungen zeigen, dass bei besserer Organisation und Aufgabenverteilung eine effektiverer Ausnutzung der Arbeitszeit möglich ist, die die Stellenstreichung rechtfertigt.

Ein Jahr SVV bei facebook – DIE LINKE macht’s möglich

Andere reden nur von Transparenz – DIE LINKE setzt sie um. Im April feiert der von Stefan Wollenberg betriebene Live-Ticker aus der SVV auf der facebook-Seite des Kreisverbandes www.facebook.com/DIELINKE.Potsdam seinen 1. Geburtstag. Hier kann man sich nicht nur informieren, sondern auch direkt mitdiskutieren. Bis zu 250 Leute nutzen das Angebot während der Sitzungen. Wir dokumentieren hier ausgewählte Kommentare aus der letzten Sitzung:

- „BuT-Mittel zurückführen? Was ist denn das für eine irrsinnige Idee?“ - zur geplanten Rückzahlung nicht verbrauchter Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
- „Gefällt mir eigentlich nicht.“ - zum Bericht des OB zur Archivsanierung
- „8-10 Wochen, lächerlich, ich warte seit dem 2.1. auf eine Reaktion!!!! - zu den Bearbeitungszeiten bei Elterngeldanträgen, die auf Antrag der LINKEN verkürzt werden sollen.
- „Gut gemacht, liebe LINKE!“ - zum Antrag der LINKEN, eine TRAM-Trasse in das zukünftige Entwicklungsgebiet Krampnitz freizuhalten
- „Diese Internetseite gehört auf den Schrotthaufen! Die ist genauso unübersichtlich wie das Stadthaus selbst.“ - zur städtischen Homepage und dem Anliegen, diese übersichtlicher zu gestalten
- „Besten Dank - es war wie immer ein Genuss.“

Eine Zukunft für die Heidesiedlung!?

Neue Informationen aus der AG Heidesiedlung

Für die Sitzung am 01.03. wurden im Vorfeld von den Mietervertretern Fragen u. a. nach Maßnahmen zur Sicherung der Sozialverträglichkeit der Mieten und deren Finanzierung, dem derzeitigen Vermietungsstand im Preisniveau der Heidesiedlung und des zukünftigen Bedarfs an Wohnungen in diesem Segment gestellt. Als Einstieg in die Sitzung wurden durch Herrn Westphal die Rahmenbedingungen der Finanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen dargestellt; vor allem in Bezug auf die Finanzierungsstrukturen, Konditionen und Laufzeiten von Krediten, Förderbedingungen der KfW und ILB, Rahmenbedingungen des Mietspiegels sowie Baukosten- und Mietenentwicklung. Anhand eines Berechnungsmodells wurden alternativ Teilsanierung und Komplexsanierung sowie deren Auswirkungen auf Eigenkapitalausstattung und Liquiditätsentwicklung der ProPotsdam sowie die Mietenentwicklung in der Heidesiedlung vorgestellt. Sein Fazit: Sowohl Teilsanierung und Komplexsanierung ohne Fördermittel stellen mit Blick auf die Eigenkapitalausstattung und die Liquiditätsentwicklung keine Handlungsoptionen dar. Von Seiten der Mietervertreter und von Mitgliedern der AG wurde der Wunsch nach Verbleib der Heidesiedlung bei der ProPotsdam untermauert. DIE LINKE regte eine Prüfung zum Beitrag an, den Potsdam in diesem Zusammenhang leisten könne. Für die nächste Sitzung erging an die ProPotsdam der Auftrag darzustellen, welche Voraussetzungen neben einer ILB-Förderung notwendig seien, um unter wirtschaftlichen Aspekten einen Bestandserhalt zu sichern; an die Mietervertreter die Bitte, eine Aussage zur Zahlungsbereitschaft der Mieter nach Sanierung zu treffen (5,50 €/m² Nettokalt für Bestandsmieter bei Erfüllung der Voraussetzungen für einen WBS bzw. 6,60 €/m² Nettokalt für Bestandsmieter ohne Anspruch auf WBS).

Birgit Müller, DIE LINKE

RE 1-Taktfahrplan für „Charlottenhof“ und „Sanssouci“

Bisher hielt an den beiden Bahnhöfen einmal stündlich ein RE-1 in Richtung Berlin und Brandenburg. Kürzlich fuhr ich auf der Strecke nachmittags zurück von Berlin und traute meinen Augen nicht. Da war für zwei Züge im Berufsverkehr sogar der einmal stündliche Halt in den genannten Bahnhöfen gestrichen worden! Ich habe in der SVV beantragt, den Fahrplan zu korrigieren. Die SVV hat dies mit großer Mehrheit beschlossen. Nach Wochen ereichte uns nun ein Schreiben von der Landesbehörde. Man teilt mit, dass, weil ja 10 Minuten später noch ein RB 21 nachfolgt, nicht erkennbar sei, wieso die Fahrgäste des RE 1 nach Potsdam-West direkt aus ihrem Zug am Ziel aussteigen müssten.

Wir ringen um einen attraktiven öffentlichen Verkehr, der Autofahrer zum Umsteigen auf die Bahn gewinnen soll und um einen getakteten merkbaren Fahrplan, der regelmäßig und kundenfreundlich sein soll. Wir beantragten, den Takt statt stündlich auf halbstündlich RE 1 zu verdichten. Dazu braucht man keine Investition, keinen 2. Zug, keinen 2. Lokführer, man braucht nur etwas guten Willen, die Kunden da abzuholen, wo sie am Bahnsteig stehen! Und was kommt dabei heraus?

Für die vielen Pendler in Richtung Berlin oder Werder oder Golm ist allein die Eisenbahn eine sinnvolle Alternative! Wir brauchen einen verlässlichen Stundentakt des RE 1 sofort. Möglichst bald brauchen wir einen verlässlichen Halbstundentakt in die genannten Richtungen, gut wäre im Berufsverkehr ein Viertelstundentakt. Zusätzliche Züge sollen zusätzlich und nicht anstatt der RE 1 fahren, und sie sollen nicht kurz vor oder hinter den anderen Zügen fahren, sondern vorhandene Taktabstände sinnvoll halbieren! Wir erwarten von den Fachleuten, dass sie das RB-Angebot so verbessern, dass es als Alternative zum MIV tauglich ist. Wir danken der Bundesregierung, dass in diesem Jahr die lang ersehnten Aufzüge am Bahnhof Charlottenhof gebaut werden. Nun gilt es, diesen Bahnhof auch optimal ans Netz anzubinden!

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel,
SVV-Fraktion DIE LINKE

Saisoneröffnung des Fanfarenzugs Potsdam am 1. Mai

Traditionell startet am 1. Mai, 14:30 Uhr, im Stadion Luftschiffhafen, die Saisoneröffnung der SG Fanfarenzug Potsdam, dazu lädt der Fanfarenzug Potsdam alle recht herzlich ein. Der Fanfarenzug zeigt seine neue Show an der natürlich in der Winterzeit wieder verbessert und neue Figuren eingeübt wurden. Auch der Nachwuchs zeigt wieder seine eigene Show – diese schöne Tradition ist für die jungen Mitglieder bei der Saisoneröffnung der Erste große Auftritt vor einem zahlreichen Publikum.

Nach den Erfolgen in der WM der Marching Show Bands 2012 in Kanada ist die Mannschaft durch neue musikbegeisterte Kinder und Jugendliche wieder gewachsen.

Der Fanfarenzug Potsdam bekommt musikalische Unterstützung vom Landespolizeiorchester Sachsen-Anhalt, dem Trompeter Showkorps „Leinegarde“ aus Neustadt bei Hannover und dem Fanfarenzug aus Großräschen.

Also: Rechtzeitiges Erscheinen sichert die besten Plätze.

50 Jahre alt und kein bisschen leiser

Der Fanfarenzug Potsdam wird am 30.Juni 2013 50 Jahre alt und hatte in all diesen Jahren fast 4000 Mitglieder. Die Festveranstaltung ist Ende September vorgesehen.

Am 1. Juni 2013 findet die jährliche Fanfaronade in Potsdam statt. Die Fanfaronade ist der größte europäische Leistungsvergleich in Marsch und Show für Naturtonfanfarenzüge. Dieser Tageswettbewerb findet im Stadion des Sportparks Luftschiffhafen statt und ist jedes Jahr ein sehr spannender und interessanter Wettkampf. Alle Potsdamer und ihre Gäste sind herzlich an diesem Tag im Station Luftschiffhafen eingeladen, um die Daumen für ihren Favoriten zu drücken. Nicht nur bei einem Fußball- oder Eishockyspiel rockt das Stadion, auch hier bei der Fanfaronade geht die Post ab und das auch noch mit viel Musik und Show. Eine internationale Jury vergibt die begehrten Punkte, Pokale und Medaillen. Die Jury vergibt auch Punkte für ein begeistertes Publikum – hier ist jetzt ein faires Potsdamer Publikum gefragt. Und dass das die Potsdamer können, haben sie zu den Weltmeisterschaften 2001 und 2010 in Potsdam gezeigt.

Im Juli 2013 fährt der Fanfarenzug Potsdam zum World Music Contest (WMC) nach Kerkrade/NL. Dieser Wettbewerb findet alle vier Jahre in Kerkrade über mehrere Wochenenden statt. Am 13. - 14.Juli startet der FZ Potsdam und hat hier im immer ausverkauften Stadion mit 25 000 Zuschauen schon viele Erfolge und Preise gewonnen. Allein das begeisterte und mitgehende Publikum im Stadion ist ein einmaliges Feeling für jeden Teilnehmer. An diesen Tagen ist die Stadt Kerkrade eine einzigartige Musikbühne.

Seit über fast 50 Jahren existiert der Fanfarenzug Potsdam. Für das Erlernen der Instrumente Fanfare und Trommel muss man kein musikalisches Wissen mitbringen, nur Lust und Freude. Wer einmal in der Gruppe mitten auf dem Rasen im musikalischen Wettkampf steht und das Feeling erlebt, der möchte nicht mehr weg. Eine bessere musikalische Freizeitbeschäftigung an der frischen Luft gibt es nicht. Zweimal zwei Stunden in der Woche ist Gruppentraining im „Treffpunkt Freizeit“ und am Sonnabend treffen sich alle Mitglieder zum Gesamttraining im Stadion Luftschiffhafen oder in der Ballhalle. Übrigens kann man einen Monat kostenlos an einem Schnupperkurs teilnehmen.



Linke Positionen zu Eigentum und Frieden mehrheitsfähig

Norbert Müller im Ortsverband Westliche Ortsteile: Wähler mit Sacharbeit vor Ort gewinnen

Die Positionen der Linkspartei sind in der Bevölkerung mehrheitsfähig, behauptete Bundestags-Direktkandidat Norbert Müller in einer Diskussionsrunde mit dem Ortsverband Westliche Ortsteile der LINKEN am 26. Februar: Sie stellt die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt ihres Wahlprogramms, kämpft als einzige Partei seit vielen Jahren konsequent für den Mindestlohn und eine Vermögenssteuer. Auch die Angleichung der Ost-Renten fordert sie ein, während andere auf der Regierungsbank 23 Jahre lang dafür gesorgt haben, dass im Osten lebende „Nachwendekinder“ immer noch benachteiligt werden. Zweites großes Thema, bei dem DIE LINKE den Willen der meisten Wähler ausdrückt, ist die Friedenspolitik. Sie lehnt Kriegseinsätze kategorisch ab. Warum gewinnt die Partei bei Wahlen dann nicht spielend Mehrheiten, wie sonst als durch ein vernünftiges Programm und gute Arbeit kann man Menschen überzeugen?, fragten sich die knapp 20 Teilnehmer der Debatte. Im Land Brandenburg haben DIE LINKEN als Koalitionär Einiges für die Wähler durchgesetzt, ganz aktuell zum Beispiel das Regierungsbekenntnis zum Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, so Müller. Dennoch reiche so etwas nicht, schließlich sei in Niedersachsen die sogar von Konkurrenten anerkannte Linksfraktion aus dem Landtag gerutscht. Er führte das Imageproblem der Partei größtenteils auf die wiederholten Personaldebatten zurück – damit bestätige man potenzielle Nicht-Wähler in einer resignativen Haltung. Mobilisieren könne man sie dagegen mit überzeugenden politischen Vorschlägen zu Sachfragen, wie zur gerechten Vermögensumverteilung und zur Friedenspolitik.

Am Ende der Diskussion wies Norbert Müller darauf hin, dass DIE LINKE.Brandenburg im Bundestagswahlkampf eine markante Rolle spielt. Für die Gestaltung des demografischen Wandels entwickelt die Partei in ihrem Leitbild politische Visionen, die die Mitglieder des Ortsverbands für ihren Wahlkreis alltagstauglich konkretisieren wollen. Hier fließt auch das bundesweit geforderte öffentliche Infrastrukturprogramm ein. *-ed*

Für eine zweite Chance nach dem „Knast“

Gelungene Veranstaltung mit Justizminister Volkmar Schöneburg in Potsdam-West

Haben Sie schon einmal überlegt, wie man Straftäter nach ihrer Entlassung wieder erfolgreich in die Gesellschaft eingliedern kann, sodass sie nicht rückfällig werden? Oder wie man dafür sorgen kann, dass im Strafvollzug befindliche Menschen ein lebenswertes Leben leben können? Wissen Sie, was es mit dem offenen Vollzug oder mit Sicherungsverwahrung auf sich hat?

Der LINKE Justizminister Volkmar Schöneburg hat sich mit genau diesen Fragen auseinandergesetzt, um das Brandenburger Strafvollzugssystem zu reformieren. Er ist dabei bundesweit Vorreiter, und das Thema zieht auch deshalb aktuell große Aufmerksamkeit auf sich.



So fand 20. Februar 2013 in Potsdam-West eine Veranstaltung zur Resozialisierung von StraftäterInnen – organisiert vom Ortsverband DIE LINKE.Potsdam-West und der Linksjugend [‘solid] Brandenburg – regen Zulauf. Herzlich begrüßter Gast war Justizminister Volkmar Schöneburg.

Nach einer Einleitung und Vorstellung durch die ModeratorInnen Isabelle Vandré und Steffen Kühne lauschte das Publikum jeden Alters gespannt dem Einstiegs-Referat des Justizministers Volkmar Schöneburg, um ihm im Anschluss daran diverse Fragen zu stellen. Es wurde zum Beispiel gefragt, inwieweit eine von der LINKEN geforderte bessere Sozialpolitik die Resozialisierung von StraftäterInnen unterstützen oder besser noch kriminelle Vorfälle vermeiden könne. Es gab aber auch Fragen zur Finanzierung der Justizreform, zum Austausch zwischen den Bundesländern, zu den Unterschieden im Jugendvollzug, zum Opferschutz, zur Umsetzung der Reform und zu den weitergehenden Plänen.

Großes Interesse galt auch der Diskussion, wie lebenswert kann, soll oder darf das Leben im „Knast“ sein, wo sich der Minister klar auf die Seite der Gefangenen stellte. Es wurde diskutiert, dass das Leben im Gefängnis auch eine Strafe darstellen soll und entsprechend nicht zu angenehm sein dürfe. Schöneburg machte daraufhin deutlich, dass die Strafe der Freiheitsentzug ist und was die Folgen eines menschenunwürdigen Lebens im Gefängnis wäre. Dieses nämlich würde eine Resozialisierung nach einer gewissen Zeit nahezu unmöglich machen. Gerade das ist aber das Ziel: Die Menschen sollen in die Gesellschaft wieder eingegliedert werden und so eine zweite Chance erhalten. Sie sollen befähigt werden, ein Leben außerhalb der Kriminalität zu leben.

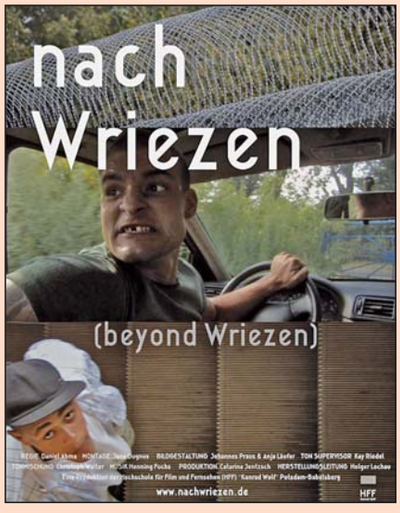
Der im Anschluss gezeigte Dokumentarfilm „Nach Wriezen“ (© HFF Potsdam 2012/siehe Kasten) über die Resozialisierung dreier Jugendgefangener (darunter der „Mörder von Potzlow“) fand ebenfalls großen Anklang. Der anwesende Regisseur Daniel Abma, der Kameramann Johannes Praus und der Justizminister stellten sich anschließend auch den im Film aufgekommenen Fragen, bevor der Abend durch ein Dankeswort sowie die Aufforderung zur Hilfe bei der Suche nach einem Film-Verleih von Daniel Abma seinen gelungenen Abschluss nahm. *Tina Lange*

„Nach Wriezen“ – ein Film über das Leben nach der Haft

Der Dokumentarfilm von Daniel Abma begleitet die drei straffällig gewordenen Jugendlichen Imo (22), Jano (17) und Marcel (25) am Tag ihrer Entlassung aus der JVA Wriezen (Brandenburg) und über die folgenden drei Jahre.

Die drei jungen Protagonisten sind auf den ersten Blick sehr unterschiedlich. Da ist Jano, der kleinkriminelle Drogendealer vom Dorf. Dann Imo, dem nicht nur seine Aggressionen, sondern auch jede andere Gefühlsregung vom Gesicht abzulesen ist. Und schließlich Marcel, der für den Mord am 16-jährigen Marinus aus Potzlow verurteilt wurde.

Das neue Leben der drei Jungs beginnt am Bahnhof von Wriezen, wo sie alle mit den gleichen Wünschen in ihr neues Leben starten: eine Arbeitsstelle, eine Wohnung, eine Freundin. Drei einfache Begriffe. Es ist die Sehnsucht nach Sicherheit, Geborgenheit, Anerkennung und Liebe. Doch schon der Tag der Entlassung gestaltet sich ganz unterschiedlich. Während Marcels Freundin den Tag minutiös geplant und die Behördengänge organisiert hat, investiert



Imo sein Entlassungsgeld in Drogen und Bier. Die Arbeitssuche gestaltet sich schwer, viele Absagen, lediglich hier und dort ein Praktikum.

Als nach einer Weile alle drei Protagonisten eine Freundin gefunden haben, scheint etwas Ruhe in ihr Leben zu kommen, und schon beginnt wie selbstverständlich die Familiengründung. Alle drei bekommen eine Tochter. Sie sind fürsorglich, versuchen mit dem Verkauf von Drogen und der Renovierung der Wohnung für ihre Kinder zu sorgen und den Auflagen des Jugendamts zu entsprechen. Jetzt aber kann man seine Probleme nicht mehr damit lösen, dem Gegenüber eine reinzuhauen. Wie kämpft man gegen ein Gericht, das einem die Fähigkeit abspricht, für sein eigenes Kind zu sorgen? Was passiert, wenn man schließlich wieder im Gefängnis sitzt – diesmal als Papa?

Was fordert das Leben in unserer Gesellschaft von jedem einzelnen? Welche Voraussetzungen muss man haben, um ein selbstbestimmtes, erfolgreiches Leben zu führen? Ist der Tag der Entlassung eine Chance auf ein neues Leben oder bleibt man für immer ein Knacki, den Anforderungen des Lebens nicht gewachsen?

Eine friedliche Bastion in Potsdam-West

In den Jahren von 1935 bis 1938 entstand auf dem Gelände zwischen Havel und Bahnhof Charlottenhof eine Wohnanlage mit 499 Kleinwohnungen - die so genannte „Friedrichsstadt“.

Zur Havel hin abgeschlossen wurde die Siedlung durch die Bastion, die nicht zur „Verteidigung“ sondern als Pumpstation für die Bewässerung der Grünanlagen der „Friedrichsstadt“ genutzt wurde. In der Sichtachse zwischen Erlöserkirche und der Halbinsel Hermannswerder liegend, war sie zudem eine beliebte Aussichtsplattform.

In den Jahrzehnten nach dem Krieg verfiel die Bastion bedingt durch Vandalismus und „spontan initiierte Baumaterialienabtransporte“ zusehends. Im Jahre 1987 wurde die Bastion gemeinsam mit der gesamten Siedlung unter Denkmalschutz gestellt. Da sie aber zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko wurde, wurde sie 1989 zugeschüttet und begrünt. Nur ein kleiner Hügel, der in den seltenen Wintern zum Rodeln genutzt wurde, erinnerte an das darunter liegende Kleinod.

Im März 2007 erörterten der „Förderverein für den Wiederaufbau der Bastion am Schillerplatz e.V.“ und die „Projektagentur Berlin, Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung von Bildung, Kultur und Umweltschutz (PA Berlin) mbH“ die Möglichkeit einer Zusammenarbeit. Ergebnis war, dass die Projektagentur bei der PAGA Potsdam das Projekt „Bastion am Schillerplatz“ einreichte, mit dem Ziel, auch mit diesem Vorhaben das Wiedererstehen der Bastion zu unterstützen.

Die Projektgruppe baute zwei Modelle der Bastion und die Arbeit konnte beginnen. Unter dem Sandhügel wurden der Betonkern der Bastion, gelbe Glindower Ziegel der Ummauerung, Reste der Sandsteinstufen sowie Teile der Abdeckungen der Brüstungen aus Sandstein freigelegt. Bei den Ausgrabungen fand man außerdem Platten aus rotem Sandstein, die den Boden der Aussichtsplattform bedeckt hatten.

Fazit: Die Bastion hat wieder ihr Gesicht. Nur die ursprünglich herrliche Aussicht auf Havel, den Templiner See und dem gegenüber liegenden Hermannswerder wird durch in der Zwischenzeit gewachsene Baumgruppen verdeckt. (Quelle: wohnen-am-schillerplatz.de)

Kino Charlott – Was wird aus der Ruine?

Seit über 10 Jahren fristet das ehemalige Kino Charlott in Potsdam West ein trauriges Dasein. Der Eigentümer hat ganz offensichtlich keinerlei Interesse, an dem maroden Zustand des Gebäudes etwas zu ändern. Anwohnerinnen und Anwohner sind darüber sehr verärgert, reagieren mit Unverständnis, weil die „Stadt" nichts dagegen tut. Der Antrag der LINKEN, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, den Eigentümer zu veranlassen, diese jahrelang leer stehende Immobilie wenigstens äußerlich in einen akzeptablen Zustand zu versetzen, wurde in der SVV am 6. März beschlossen.

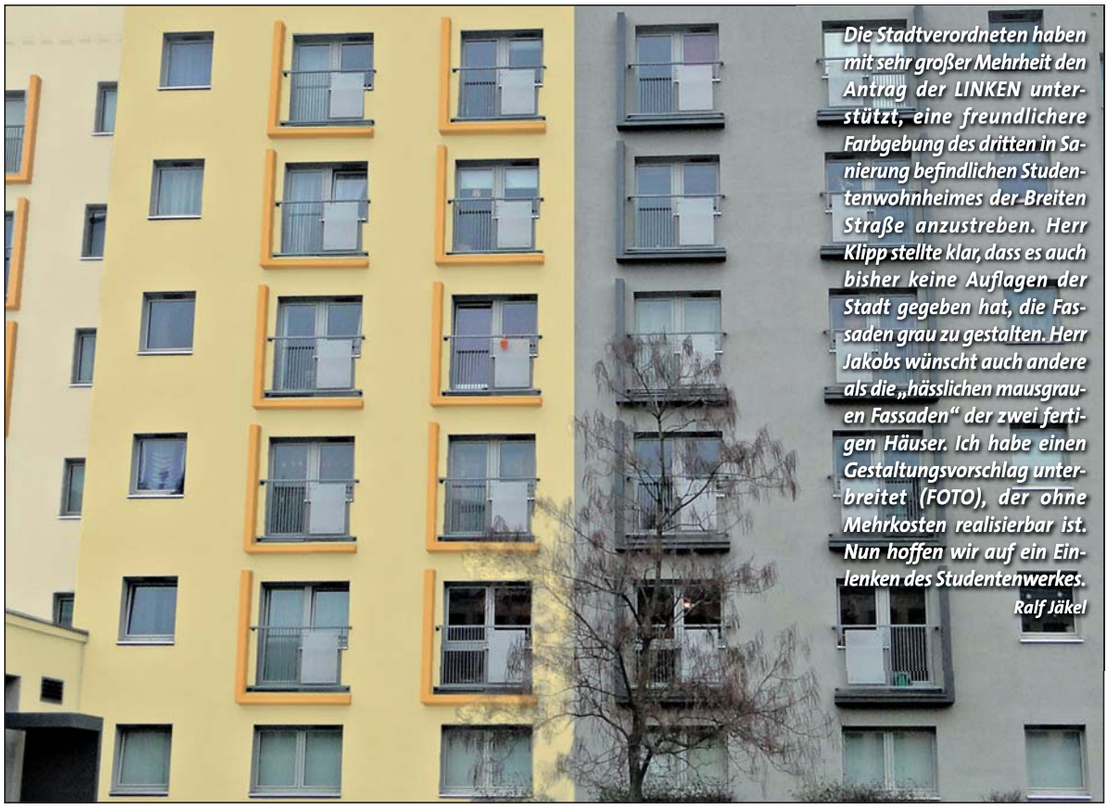
Sollte das nicht fruchten, soll die Verwaltung prüfen, ob ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden kann.

Im April 2013 werden wir hören, zu welchem Ergebnis die Verwaltung bei der Prüfung gelangt ist. Bei der Diskussion zu dem Antrag konnte die Verwaltung glaubhaft machen, dass es schon mehrere Schreiben gab, um den Besitzer zu veranlassen, endlich Verantwortung für sein Eigentum zu übernehmen. Jegliche Reaktionen auf diese Aufforderung blieben aus.



Mal davon abgesehen, dass so ein Schandfleck wahrlich kein schöner Anblick ist und das Stadtbild nicht gerade positiv prägt, können wir uns eine Nutzung des ehemaligen Kinos auch für öffentliche Zwecke sehr gut vorstellen. Der Bedarf in Potsdam West dafür ist wirklich vorhanden.

Vorschlag für Farbgestaltung



Die Stadtverordneten haben mit sehr großer Mehrheit den Antrag der LINKEN unterstützt, eine freundlichere Farbgebung des dritten in Sanierung befindlichen Studentenwohnheimes der Breiten Straße anzustreben. Herr Klipp stellte klar, dass es auch bisher keine Auflagen der Stadt gegeben hat, die Fassaden grau zu gestalten. Herr Jakobs wünscht auch andere als die „hässlichen mausgrauen Fassaden" der zwei fertigen Häuser. Ich habe einen Gestaltungsvorschlag unterbreitet (FOTO), der ohne Mehrkosten realisierbar ist. Nun hoffen wir auf ein Einlenken des Studentenwerkes.

Ralf Jäkel

Sanierung in der Brandenburger Vorstadt

Die Potsdamer „Wohnungsbaugenossenschaft 1903 eG" realisiert im Jahr 2013 ihr Bauvorhaben „Hans-Sachs-Straße 15 – 27". Ende Januar 2013 wurden die einhundert Nutzer ausführlich über alle Maßnahmen informiert. Für Jedermann transparent erhalten die Nutzer durchgängig über Aushänge in den Häusern über alle Maßnahmen Kenntnis. Außerdem steht für die gesamte Zeit (bis Anfang/Mitte November 2013) ein Baubüro im Haus Nummer 20 zur Verfügung.

Am 11. März hat der Bau begonnen. Eine Architekturansicht (FOTO) zeigt, wie die Gebäude aussehen werden.



Die Bürgerinitiative Parktag: KEIN Parkeintritt!

In Potsdam wird in den politischen Gremien derzeit weiter debattiert, wie ein Parkeintritt für den Park Sanssouci durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) abgewendet werden kann. Die Idee durch das Überweisen von 1 Millionen Euro im Jahr aus den Städtischen Geldern die SPSG milde zu stimmen und einen Parkeintritt zu verhindern, stößt nicht auf Gegenliebe. Besondere Aufmerksamkeit aus den bürgerlichen Reihen erhält diese Debatte durch die Bürgerinitiative „Parktag". Sie setzt sich u.a. für den Erhalt der freien Nutzung der Potsdamer Parks ein oder die Schaffung von Bolzplätzen am Schlosspark Babelsberg. Aus ihrer Sicht wird die SPSG schon enorm durch Steuergelder von Land- und Bund mit ca. 35 Millionen subventioniert. Beides sind Steuertöpfe in die jeder Potsdamer bereits einzahlt. Der Einsatz dieser Finanzmittel durch die SPSG wird allerdings als äußerst intransparent wahrgenommen. Wo wird welches Geld eingesetzt? Wie wird geplant und wie hoch sind die Gehälter der Stiftungsbeteiligten? Um nur einige Fragen zu nennen, die den Steuerzahler interessieren aber unbeantwortet sind. Die Forderung nach weiteren Millionen ist ein Trend, den die Stiftung seit vielen Jahren verfolgt. Auch der Ankauf immer weiterer Immobilien preußischer Geschichte lässt den Kostenbedarf jährlich ansteigen. Warum sollte die Stiftung also damit aufhören, wenn die Stadt ihr weitere Steuermittel zur Verfügung stellt? Und vor Allem, wo enden diese Forderungen? Eine Förderung der SPSG durch die Stadt muss aus Sicht der BI mindestens ein Mitspracherecht in den Stiftungsratsgremien nach sich ziehen. Potsdam ist kein Freiluft-Museum und auch keine Stadt, in der jede Ecke als potentielles Spekulationsobjekt gehandelt werden kann. Kein Parkeintritt, eine transparente Stiftung in Potsdam und Finanzierung über eine Tourismusabgabe sind Positionen, die die Bürgerinitiative vertritt.

Matthias Lack KV



Menschen die zu rassistischen und antisemitischen Liedern den Arm zum Hitlergruß heben. Ein Bild, das in der 90-minütigen Dokumentation von Thomas Kuban zur bizarren Normalität wird. Über 6 Jahre lang filmte der Reporter, dessen Name und Identität geheim bleiben müssen, Konzerte der rechten Szene und deren Umfeld. Er lässt die Zuschauer eintauchen, in die gut organisierten Netzwerke neonazistischer Bewegungen. Netzwerke, die sich ständig wachsender Beliebtheit erfreuen und nicht mehr nur Randerscheinung, sondern ein europaweites Massenphänomen geworden sind. Wir sehen, wie der Reporter zu teils geheimen, teils öffentlichen Konzerten in Bayern, Thüringen oder Sachsen gelotst wird. Er reist zu Konzerten nach Frankreich, in die Schweiz, nach Italien, Ungarn. Als er anfing mit seinen Recherchen, musste er verdeckt filmen, inzwischen filmt er offen mit dem Handy, so wie viele der BesucherInnen dieser Konzerte es tun. Wir sehen Polizeieinsätze, die die Veranstaltungen besuchen, aber tatenlos wieder abziehen. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes stellt Kuban die Frage nach diesen Konzerten. Die Politik scheint davon nichts zu wissen, oder wissen zu wollen? Offiziell gehen ca. 200 Morde auf die Rechnung der Neonazis in Deutschland seit 1990, inoffiziell ist die Zahl weit höher. Statistisch betrachtet, wird alle 1,5 Monate ein Mensch in Deutschland aus rechtextremistischen, fremdenfeindlichen Motiven ermordet. Rechtsrock ist gegenwärtig die Einstiegsschleuse Nummer eins in die menschenverachtende Ideologie. Ihre Vermarktung ein Millionengeschäft. Gleichzeitig werden die Grenzen von rechter Musik zum Mainstream immer undeutlicher. Mit der Band Frei.Wild hat die Rechtsrockszene aktuell einen Vertreter, der Zehntausende in die Stadien lockt und zu offiziellen Preisverleihungen eingeladen wird. „Blut muss fließen“ ist ein Dokument, das den real gewordenen, neonazistischen Alptraum öffentlich macht. Als wir den Film gesehen hatten, war uns klar, dass er dringend öffentlich ausgestrahlt werden muss. Diese Tatsachen müssen gezeigt und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Leider sieht es in der Medienrealität anders aus. Bis heute ist kein öffentlich-rechtlicher Sender bereit, den Film zu zeigen. Begründet wird dies u.a. mit dem fehlenden öffentlichen Interesse... Die Produktion der Dokumentation ist unter www.Filmfaktum.de zu erreichen und freut sich über jede Möglichkeit mit der Dokumentation in die Öffentlichkeit zu gehen.

Matthias Lack, KV



Iron Roll 2013 – Respekt statt Mitleid

Rollstuhlfahrer fordern am 5. Mai 2013 im Volkspark Potsdam Fußgänger im sportlichen Wettbewerb auf 1/4 Meile heraus. Teilnehmen kann jeder, der sich traut.

Vor dem tatsächlichen Roll finden ab März öffentlichkeitswirksam Vorläufe in Potsdam statt, um die Besten zu ermitteln, die in der Lage sind, diesen Ritt gegen ihre Herausforderer zu bestehen. Ziel ist es, Menschen zusammenzubringen und zur Kommunikation anzuregen. Manchmal auch zu provozieren und von gefügten oder eingefahrenen sozialen Strukturen und Kommunikationspfaden abzulenken. Kinder ernst, Erwachsene etwas weniger ernst nehmen, Behinderungen übersehen und Unwissenheit beheben! Respektvoll und ohne gehobenen Zeigefinger eigene Positionen vertreten, aber dabei auch den Anderen anhören können.

Der Umgang mit dem „Anderssein“ ist eine Herausforderung, weil Konventionen, Wertvorstellungen, Selbstwahrnehmungen, Ängste, Meinungen, Abneigungen zugunsten einer gemeinsamen Sache in den Hintergrund treten müssen.

Kontakt: kontakt@ironroll.info

„80 Jahre Tag von Potsdam“ – gelungene Veranstaltung der RLS und der Stadtfraktion

Am Vorabend des 80. Jahrestages von Potsdam luden die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und die Stadtfraktion DIE LINKE zu einer Veranstaltung „80 Jahre Tag von Potsdam“ ein. Hier sollte es zunächst natürlich um die historische Einordnung dieses Tages, dann aber auch um die Lehren für die heutige Politik gehen. Der junge, neue Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Steffen Kludt, verwies darauf, dass Geschichte natürlich immer auch der Legitimation politischer Herrschaft diene, und somit die Auseinandersetzung um die Einordnung geschichtlicher Ereignisse zutiefst politisch ist. Generell verwies er darauf, dass der Tag von Potsdam für den Anti-Pluralismus stehe, und nicht nur jenen der Nazis.

Sehr eindrucksvoll war das eingespielte Tondokument, in dem Hindenburg den „deutschen Geist“ beschwor. Professor Kurt Pätzold, Spezialist für deutsche Geschichte, vor allem zwischen 1933 und 1945, hielt ein beeindruckendes Referat, in dem er den Tag von Potsdam historisch kontextualisierte. Er verwies darauf, dass bis zum Tag von Potsdam an der neuen Regierungsbildung nichts Ungewöhnliches vor sich ging, und hier die neuen Machthaber erstmals sichtbar in Erscheinung traten und sich inszenierten. Inwieweit von der Hochstimmung an diesem Tag von Potsdam Abgeordnete der Parteien der Mitte zur Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ bewegt werden konnten, lässt sich nicht mehr beantworten, wurde von ihm aber als eine Möglichkeit präsentiert. Er prangerte den Größenwahn des „Führers“ an, der sogar von Frieden sprach. Sehr beeindruckend Pätzolds Schlusswort: Es gibt eine Überschätzung der Demagogie der Worte, aber eine Unterschätzung der Demagogie der Taten; hierfür war der Tag von Potsdam ein beredtes Beispiel.

Der Finanzminister Helmuth Markov verwies darauf, dass es keine öffentlichen Gelder für die Garnisonkirche geben soll, und der ebenfalls auf dem Podium sitzende evangelische Pfarrer Vogel verteidigte das Konzept des Wiederaufbaus der Kirche als einer Gedenkstätte. Dies wiederum provozierte viel Widerspruch im Publikum. In den Redebeiträgen wurde deutlich, dass eben exakt diese Kirche historisch so belastet sei, dass sie nicht wieder aufgebaut werden dürfe. Pfarrer Vogel verwies auf das Haus der Wannsee-Konferenz als gelungenes Beispiel für eine Gedenkstätte. Inwieweit diese Gebäude vergleichbar sind, blieb offen. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfenberg, unterstrich noch einmal die Linie der Fraktion, dass es keine öffentlichen Gelder für die Garnisonkirche geben darf. Und er fügte hinzu, dass auch Menschen aus dem kommunistischen Widerstand gedacht werden müsse, sofern das Konzept der Gedenkstätte wirklich aufgeht. Alles in allem, eine sehr gelungene Veranstaltung und eine kulturvolle Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Tag für die Stadt.

Moritz Kirchner

Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz

Die Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, wirft dem Arbeitsministerium nach dem Bekanntwerden von Gesamtausgaben in Höhe von 355,5 Mrd. Euro für das Hartz-IV-System die Verbreitung von „Horror-Zahlen“ vor. In Wahrheit belegen die Zahlen angesichts der Menge der Betroffenen laut Kipping, dass Hartz IV „Armut per Gesetz“ sei. Kipping fordert einen Drei-Punkte-Plan, um „Hartz IV die schlimmsten Giftzähne zu ziehen“. Sie erklärt: Mit der Verbreitung von globalen Horrorzahlen ist niemandem geholfen. Ich finde es viel bemerkenswerter, dass die Bundesrepublik seit 2005 fast eine Viertel Billion für die Bundeswehr und ihre Waffen ausgegeben hat, ohne dass es zu irgendeinem Zeitpunkt eine kriegerische Bedrohung für Deutschland gegeben hat. Die grassierende Armut von Niedriglöhnern, Erwerbslosen und ihren Familien ist dagegen ein reales Problem und das Ergebnis einer falschen Politik. Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und riesige Reichtümer in den Händen einiger Weniger führen zur Armut vieler anderer. Wer Sozialausgaben senken will, muss zuallererst Mindestlöhne und einen öffentlichen Beschäftigungssektor einführen und auf eine Politik der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung einschwenken.

Die verbreiteten Zahlen sind in Wahrheit der Beweis dafür, dass Hartz IV Armut und Ausgrenzung per Gesetz ist. Die Fakten sind klar. Im Durchschnitt aller Jahre haben seit Januar 2005 in jedem Monat rund 6,8 Millionen Menschen in Bedarfsgemeinschaften nach dem Hartz-IV-System gelebt. Das heißt: Pro Betroffenen und Monat gibt Deutschland weniger als 440 Euro für Wohnen und Existenzsicherung aus. Das ist für ein würdiges Leben ganz sicher zu wenig. Wir haben einen Drei-Punkte-Plan, um Hartz IV die schlimmsten Giftzähne zu ziehen. Wir wollen, dass der Regelsatz sofort auf 500 Euro angehoben und die Bedarfsgemeinschaftsregelung aufgehoben wird. Wir wollen zweitens die Sanktionen im Hartz-IV-System abschaffen. Und wir wollen drittens, dass die Wohnkosten überall nach dem tatsächlichen Bedarf übernommen werden.

Gratulationstour zum Internationalen Frauentag





Es ist eine gute Tradition, dass sich am Internationalen Frauentag Politiker der LINKEN auf Gratulationstour begeben. So war an diesem Tag auch wieder Ministerin Anita Tack mit Rosen in der Stadt unterwegs (FOTO l.). Und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg trafen wir im „Haus der Begegnung“ in der Waldstadt II. Scharfenberg hatte natürlich ebenfalls Rosen mitgebracht für seine Fraktionskollegin Solveig Sudhoff (r.), die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam, Martina Trauth-Koschnick (l.) und die Chefin des Hauses, Antje Tannert, sowie für alle anwesenden Frauen.

Wir sind für eine 75-prozentige Millionärssteuer

In einem Statement vor der Presse hat sich die Parteivorsitzende Katja Kipping zu Medienberichten über den Wahlprogrammentwurf der LINKEN geäußert. Sie stellte fest: Heute haben verschiedene Medien berichtet, unser Wahlprogrammentwurf enthalte die Forderung nach einer 100-Prozent-Steuer. Wer im Entwurf unseres Wahlprogramms nach einer 100-Prozent-Steuer sucht, wird nichts finden. Wir schlagen einen 53-prozentigen Spitzensteuersatz wie unter Helmut Kohl vor und für jeden Euro Einkommen über eine Million Euro pro Jahr hinaus eine Reichensteuer von 75 Prozent. Darüber hinaus wollen wir eine Diskussion darüber anstoßen, wie viel Ungleichheit diese Gesellschaft verträgt. Wir wollen, dass im Wahlkampf über die wachsende soziale Drift in diesem Land geredet wird. Dem dienen auch Sätze wie derjenige, über den heute viele Medien berichten. Wir wollen, dass es in Unternehmen Regelungen für die Begrenzung von Managergehältern gibt. Es ist nicht hinzunehmen, dass in einem Unternehmen die Putzkräfte mit weniger als 1.000 Euro im Monat nach Hause gehen und die Manager mehr als eine Million im Jahr bekommen. Um es am Beispiel eines in Bundeshand befindlichen Unternehmens deutlich zu machen. Wenn der Bahnchef unbedingt ein riesiges Managergehalt braucht, dann muss er dafür sorgen, dass auch die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter einen ordentlichen Lohn für ihre Arbeit erhalten.



„MACHT jeden Tag zum FRAUENtag!“

Die gleiche Arbeit und Qualifikation, aber nur 78% statt 100% des Lohns? Das ist leider harte Realität, denn in diesem Land verdienen Frauen nach wie vor deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Ortsverband der LINKEN in Zentrum Ost und Babelsberg hat am Samstag, den 16.3., vormittags vor der REWE-Kaufhalle auf diesen nicht hinnehmbaren Zustand aufmerksam gemacht. Symbolische 78-Euro-Scheine und Blumen wurden an Frauen verteilt, sowie an Männer mit der Bitte, sie weiterzugeben.

Acht Tage nach dem Frauentag war das Motto: „MACHT jeden Tag zum FRAUENtag!“ Denn es kann nicht sein, dass sich die Bemühungen um eine umfassende Gleichberechtigung von Frauen nur auf den 8. März beschränken. Wir machen jeden Tag zum Frauentag und fordern, endlich ungleiche Entlohnung zu beenden und einen bundesweit einheitlichen Mindestlohn einzuführen! Zudem müssen Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden.

Zahlreiche AnwohnerInnen und Einkaufende kamen vorbei und informierten sich am Infostand als auch auf der Bodenzeitung: denn Forderungen wie „Ende der prekären Beschäftigung und Altersarmut von Frauen!“ lassen sich nicht einfach mit Füßen treten! Die Dahlweid-Stiftung aus Zentrum-Ost beteiligte sich ebenfalls an der Vorbereitung, sie versorgte alle an diesem sonnigen aber eiskalten Tag mit warmen Getränken.

Anneka Cooke
DIE LINKE.Ortsvorstand
Zentrum Ost/Babelsberg



Ostermarsch 2013: Für eine Welt des Friedens

Die Friedenskoordination Potsdam und die Soziale Bewegung Land Brandenburg hatten alle Bürger zur Teilnahme am „12. Potsdamer Ostermarsch - 80 Jahre ‚Tag von Potsdam' – für eine Welt ohne Krieg, Militarismus und Faschismus" am Samstag, den 23. März 2013 in Potsdam aufgerufen. Etwas mehr als 150 Teilnehmer fanden sich zur Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor ein.

Die Teilnehmer wollten daran erinnern, dass in Potsdam zweimal die Ursachen für Weltenbrände lagen. Und sie wiesen darauf hin, dass Potsdam auch heute wieder das Zentrum des deutschen Militarismus ist: In unmittelbarer Nähe der Stadt – in Geltow – befindet sich das Einsatzführungskommando für die Auslandseinsätze der „Einsatzarmee" Bundeswehr. Die Potsdamer Ostermarsch-Teilnehmer wollen dieser Entwicklung entgegentreten. Krieg darf endlich kein Mittel der Politik mehr sein! Darum fordern sie den Rückzug der Bundeswehr aus allen Einsätzen und ein grundgesetzlich verankertes Verbot von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, ein Verbot von Rüstungsexporten, keine Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr, die Abschaffung aller Atomwaffen, insbesondere den sofortigen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, den Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei sowie auch eine friedliche und gerechte Lösung des Palästina-Konfliktes. Zum Auftakt am Brandenburger Tor sprachen Uwe Hiksch (NFI; DIE LINKE) und der Potsdamer Bundestagswahlkandidat Norbert Müller. Norbert Müller forderte ein sofortiges Ende aller Bundeswehreinsätze. „Im Auslandseinsatz leistet man keinen Dienst an der Gemeinschaft", so der angehende Lehrer. Und er betonte, dass die heimkehrenden Soldaten eher Psychologen bräuchten als die von der SPD angeregte „Ehrenmedaille". Vom Brandenburger Tor zog der Ostermarsch zum Standort der ehemaligen Garnisonkirche. Hier erinnerte Walter Stagge von der „Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche" an den „Tag von Potsdam". Vor dem nächsten Ziel des Marsches, der Nikolaikirche, sprach Dr. Hedwig Raskop von der „Friedensspirale". Und schließlich endete der Ostermarsch 2013 am Deserteursdenkmal auf dem Platz der Einheit mit dem Bekenntnis der Teilnehmer: „Wir wollen uns für ein neues Denken und Handeln einsetzen, das uns aus der bisher endlos erscheinenden Spirale von Gewalt zu Gewalt herausführen und eine zukunftsträchtige Welt ermöglichen wird".

Nie wieder Krieg – nie wieder Preußen – nie wieder Faschismus!

Am 21.03.2013 jährte sich der „Tag von Potsdam" zum 80. Male. An diesem Tag demonstrierten 250 PotsdamerInnen unter der in der Schlagzeile genannten Losung vor dem ehemaligen Standort der Garnisonkirche.

Das Foto des Handschlags von Hitler und Hindenburg ist weltweit bekannt und symbolisiert das Bündnis zwischen dem NS-System und dem nationalkonservativen Preußen. Bis heute prägt dieses Bild den Symbolgehalt der 1945 nach einem Bombardement der Stadt Potsdam ausgebrannten Garnisonkirche, deren Ruine auf Betreiben Walter Ulbrichts 1968 gesprengt wurde. Die Befürworter des Wiederaufbaus betonen immer wieder, dass der „Tag von Potsdam" nur einen kurzen Zeitraum in der Geschichte der Kirche einnahm. Doch die Potsdamer Garnisonkirche war bereits lange vor dem Tag von Potsdam am 21. März 1933, was sie noch heute ist: ein Symbol des militaristischen Staates Preußen, ein Symbol für Militarismus und Krieg, für deutschen Größenwahn und Chauvinismus.

Inzwischen ist der öffentliche Druck durch die Gründung der BI „Potsdam ohne Garnisonkirche" und den Erfolg des Vorschlages „Kein städtisches Geld für die Garnisonkirche" im städtischen Bürgerhaushalt gestiegen. Stadt, Land und Kirche erklärten, dass sie kein weiteres Geld für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. In dieser Situation fordert Bischof Huber, die Garnisonkirche zu einem Projekt von „nationaler Bedeutung" zu erklären und aus Bundesmitteln zu finanzieren.

Eine moderne Stadt im 21. Jahrhundert benötigt keine Wahrzeichen der preußischen Militärmonarchie. Der Wiederaufbau der Garnisonkirche ist kein Akt der Versöhnung, sondern verwischt geschichtliche Zusammenhänge und Prozesse. Niemand braucht die Garnisonkirche!

Lutz Boede (gek.)



ZITIERT

Martin Niemöller, Theologe:

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie die Juden holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten,
gab es keinen mehr, der protestierte."



Frauenköpfe werden von drei Frauen seit dem 4. März im Haus der Partei DIE LINKE in der Potsdamer Alleestraße 3 präsentiert. Was leicht makaber klingt ist die Darstellung von Malerei, Siebdruck und Lithografie der Künstlerinnen Christine Bittner, Gisela Kurkhaus-Müller und Barbara Raetsch aus Anlass des Internationalen Frauentages. Sie haben unter dem Titel: „Flügel sind weiblich" Arbeiten ausgewählt, welche zu diesem Tag gut passen. Am 8. März in diesem Jahr begingen wir zum 102. Mal den Internationalen Frauentag. Eine Ausstellungseröffnung (FOTO) aus diesem Anlass ist schon eine gute Tradition der Potsdamer LINKEN.

Frauen machen heute eine „gute Figur" – in Familie, im Beruf, in der Politik, im Sport und im gesellschaftlichen Leben. Und – auch wenn das Frauenwahlrecht schon lange durchgesetzt ist – die Gleichstellung der Frau verwirklicht sich nicht im Selbstlauf. Es gibt keinen Grund, zufrieden zu sein.

Die Umsetzung der Gleichstellungspolitik im täglichen Leben bleibt eine wichtige Herausforderung, was man gut an der Statistik der Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Verwaltung erkennen kann.

Oder bei der Bezahlung mit Gehalt und Lohn: Frauen erhalten immer noch ca. 1/3 weniger Geld für vergleichbare Arbeit als Männer! Hier ist noch lange kein Gleichstand erreicht! Oder bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der diesjährige Internationale Frauentag ist ein guter Anlass, immer wieder auf die Missstände aufmerksam zu machen und Veränderungen einzufordern.

Als Mitglied der rot-roten Landesregierung werde ich mich weiterhin für eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik stark machen.

Anita Tack, MdL und Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Herzlichen Dank an Marlies Nopens. Sie wählte die Künstlerinnen aus und stellte sie vor. Dank auch an Siegfried Lachmann, Harald Herzel und Sascha Krämer, die die Ausstellungsvorbereitung und -nachbereitung sehr unterstützten.

Die Ausstellung ist öffentlich und erwartet zu den Büroöffnungszeiten den interessierten Betrachter.



Am Himmelfahrtstag zu Mutter Natur!

Auch in diesem Jahr bietet der Kreisvorstand der LINKEN zum Himmelfahrtstag, am 9.Mai, einen Ausflug in den Nuthe-Nieplitz-Naturpark an. Die Busfahrt geht diesmal in die Umgebung des Großen Seddinsees nach Fresdorf, Stücken und Kähnsdorf. Die Abfahrt erfolgt 9.00 Uhr ab Hauptbahnhof (Fernbussteig), rechts. Nach dem Besuch des Findlingsgartens und der Heimatstube Kähnsdorf und einer etwa 4 km langen Wanderung fahren wir zum gemeinsamen Mittagessen und sind gegen 15.00 Uhr wieder in Potsdam.
Wegen der maximal 50 verfügbaren Busplätze bitten wir um Voranmeldung unter Tel. 0331/ 87 29 33 oder beim Kreisvorstand. Eine Präzisierung der Wandertour ist in der Mai-Ausgabe der „PaS" zu finden.

Dr. R. und H. Drohla



Noch 141 Tage bis zum 23. Sommerfest der LINKEN

Am 24.08.2013 ist es wieder so weit. Das 23. Mal lädt DIE LINKE.Potsdam zum Sommerfest im Lustgarten. Dieses Jahr stehen alle Zeiger auf Wahlkampf – mit der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs im Speziellen, aber auch dem nahenden Kommunal- und Europawahlkampf im Allgemeinen (im Mai 2014). Wir werden dieses Sommerfest schon um 11.00 Uhr zum politischen „Frühschoppen" eröffnen und im Verlauf des Tages viele politische Bühnen präsentieren. Großer Raum für Gespräche, Diskussionen und Reden auf der Bühne, aber auch, um den Kandidaten, Interessierten oder potentiellen Hoffnungsträgern persönlich zu begegnen. Es wird wie im letzten Jahr einen Eventbereich sowie einen Familien- und Kinderbereich geben. Für das leibliche Wohl ist wie immer gesorgt. Ein besonderes Highlight möchten wir Euch aber schon jetzt verraten: Juliane Tietz und Steffen Pfrogner werden DIE LINKE „Bar-Kultur" eröffnen und ausgewählte Cocktails kredenzen. In den folgenden Ausgaben der „PaS" werden wir über weitere, auch delikate Details informieren.

Matthias Lack KV

Sudoku

7		5		3		2		9
	6	1				3	7	
3								1
		6	2		1	8		
			9		5			
		4	6		3	9		
1								5
	4	9				7	1	
8		7		1		4		2

Auflösung März

1	5	9	8	6	7	2	3	4
3	6	4	5	9	2	8	7	1
2	8	7	3	4	1	6	9	5
6	4	5	7	2	9	1	8	3
7	9	3	4	1	8	5	6	2
8	1	2	6	3	5	9	4	7
4	2	1	9	7	6	3	5	8
9	3	8	2	5	4	7	1	6
5	7	6	1	8	3	4	2	9

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Sonntag, 07.04.2013, 10.00 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live" im Kino-Café Konsum (am Thalia Kino), Rudolf-Breitscheidstr. 50 in Babelsberg

Montag, 08.04.2013, 14.30 Uhr:
„Irland – die grüne Insel". Teil 4: Die Wicklow Mountains. *

Dienstag, 09.04.2013, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ..." Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – ein musikalischer Nachmittag zum Raten, Wünschen, Mitsingen und Tanzen oder einfach nur zum Zuhören mit Gerald Meister. *

Freitag, 12.04.2013, 08.00 – 12.00 Uhr:
Ausgabe Rathausreport Nr. 3/2013 im Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Freitag, 12.04.2013, ab 14.30 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Sonnabend, 13.04.2013, ab 09.30 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Montag, 15.04.2013, 14.30 Uhr:
„Phantastische Tierwelt – auch die Wüste lebt" – eine Video-Reise mit Karl Kreutz in Afrika. *

Dienstag, 16.04.2013, 18.00 Uhr:
Historische Erfahrungen und aktuelle Aufgaben im Kampf um die Aktionseinheit der linken Kräfte. Referent: Prof. Dr. Götz Dieckmann. **

Dienstag, 16.04.2013, 14.30 Uhr:
Im Gespräch mit unserer Rechtsanwältin: „Zu Rechtsfragen des Alltags" mit Martina Scholz, Thema: „Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung" *

Donnerstag, 18.04.2013, 18.00 – 20.00 Uhr:
Potsdamer Intendanten. Mit Ralf-Günter Krolkiewicz (1955-2008) beendet die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Reihe über Biografien und künstlerisches Wirken profilprägender Intendantenpersönlichkeiten des Hans-Otto-Theaters der Landeshauptstadt. Regisseur Claus Dobberke stellt den zeitkritischen, ruhelosen und künstlerisch vielseitigen Theatermann anhand von ausführlichem Videomaterial vor. **

Montag, 22.04.2013, 14.30 Uhr:
„Fischland - Darß - Zingst" - Diavortrag mit Walter Heller. *

Dienstag, 23.04.2013, 18.00 – 20.00 Uhr:
Soziale Grundrechte. Zum rücksichtslosen Abbau sozialer Rechte in Deutschland. Mit Wolfgang Nešković (MdB, Bundesrichter a.D., Lübeck); Moderation: Matthias Krauß (Journalist, Potsdam) **

Dienstag, 23.04.2013, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles". Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Montag, 29.04.2013, 14.30 Uhr:
„Ein Filmnachmittag mit Werner Oelschlägel" *

Dienstag, 30.04.2013, 14.30 Uhr:
„Potsdamer Sagen und Legenden" - Christine Anlauff, geboren 1971 in Potsdam, gelernte Buchhändlerin, studierte Archäologin, Geschichts- und Literaturwissenschaftlerin liest aus ihrem Buch „Potsdamer Sagen und Legenden". *

---

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee im Zentrum-Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53